



HESSISCHER LANDTAG

06. 09. 2023

Kleine Anfrage

Christoph Degen (SPD) vom 16.05.2023**Vorbereitung der Europawahl 2024 an hessischen Schulen****und****Antwort****Kultusminister**

Vorbemerkung Fragesteller:

Die nächste Europawahl findet 2024 statt. Bei dieser werden erstmals 16- und 17-Jährige das aktive Wahlrecht für die Wahl zum Europäischen Parlament ausüben dürfen. Der Bundestag hatte im November 2022 einen Gesetzentwurf der Ampel-Koalition verabschiedet, der das Mindestwahlalter bei Europawahlen von bisher 18 Jahre auf 16 Jahre senkt. Eine große Schnittmenge der künftig erstmals wahlberechtigten Hessinnen und Hessen befindet sich derzeit als Schülerinnen und Schüler an hessischen Schulen und wird voraussichtlich auch zum Wahlzeitpunkt noch in einer Schule unterrichtet werden.

Vorbemerkung Kultusminister:

Die europäische Idee im Schulunterricht zu vermitteln, ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Bildung. Das Hessische Kultusministerium unterstützt Schulen im Unterricht und darüber hinaus in vielfältiger Weise, um demokratische Werte und Haltungen bei Schülerinnen und Schülern zu stärken, Demokratie praktisch erfahrbar zu machen und Lehrkräfte für das Thema zu sensibilisieren. Die Kerncurricula stellen sicher, dass am Ende der Sekundarstufe I u.a. grundlegende Kenntnisse und Orientierungswissen hinsichtlich der politischen Ordnung, der parlamentarischen Demokratie, der Partizipation und der Menschenrechte sowie der internationalen Beziehungen, auch mit Blick auf die Europäische Union, vermittelt werden. In der gymnasialen Oberstufe werden im Fach Politik und Wirtschaft u.a. die europäischen Institutionen, die Wahlen zum Europaparlament, die Rechtsetzung im politischen Mehrebenensystem Europas sowie das Spannungsfeld der Europäischen Union zwischen partizipatorischem Anspruch, demokratischer Teilhabe und Exekutivföderalismus behandelt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister und Chef der Staatskanzlei wie folgt:

- Frage 1. Wie wird die Hessische Landesregierung ihrer Verantwortung gemäß Art. 56 Abs. 4 der Hessischen Verfassung und § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Hessischen Schulgesetzes im Hinblick auf die Europawahlen gerecht, wonach die Erziehung in der Schule zur politischen Verantwortung vorzubereiten und die Schüler in die Lage zu versetzen hat, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen?
- Frage 2. Wie stellt die Hessische Landesregierung sicher, dass die Anforderungen aus den Lehrplänen bzw. Kerncurricula Gesellschaftslehre sowie Politik- und Wirtschaft spezifisch für die Europawahlen erfüllt werden?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Fach Politik und Wirtschaft werden Kompetenzen gefördert, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, als mündige Bürgerinnen und Bürger autonom und verantwortungsvoll an der demokratischen Öffentlichkeit und dem Wirtschaftsleben teilzunehmen und sich an der Diskussion und Lösung grundlegender Fragen und Probleme aus Politik, Gesellschaft, Recht und Wirtschaft zu beteiligen. Die Schülerinnen und Schüler werden hinsichtlich ihrer Handlungskompetenz befähigt, ihre demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben reflektiert zu nutzen. Dabei werden im Sinne des exemplarischen Lernens aktuelle politische und wirtschaftliche Themen und Probleme behandelt, die über eine tagesaktuelle Betrachtung hinausgehen. Hierzu zählen insbesondere auch anstehende Wahlen zum Hessischen Landtag, Bundestagswahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament.

Aktualität ist ein zentrales didaktisches Prinzip der politischen Bildung. Daher werden im Fach Politik und Wirtschaft im Sinne exemplarischen Lernens aktuelle politische und wirtschaftliche Themen und Probleme behandelt, die über eine tagesaktuelle Betrachtung hinausgehen und somit eine mittel- und längerfristige Bedeutung für die kritisch-analytische Prüfung, persönliche Entscheidungen, für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aufweisen.

Die Themen „Umgang mit institutionellen Fragen der Europäischen Union sowie der Europäischen Integration“ sind verschiedentlich in den Kerncurricula des Faches Politik und Wirtschaft sowie benachbarter Fächer des allgemein bildenden Bereichs sowie in den Kerncurricula der beruflichen Gymnasien hinterlegt.

Im Zentrum des fachlichen Lernens steht dabei die differenzierte Erschließung der jeweils konkreten politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Probleme und Konflikte bzw. entsprechender Entscheidungs- und Gestaltungssituationen auf europäischer Ebene. Zudem werden die Entstehung und der Wandel der Herausforderungen Europas im Kontext der europäischen Integration und Globalisierung untersucht.

Die Europawahlen 2024 können vor diesem Hintergrund als besonderes Ereignis im Rahmen des Unterrichts bspw. im Fach Politik und Wirtschaft, aber auch im Fach Geschichte behandelt werden. Dabei können deren Bedeutung, Ablauf und die Wahlergebnisse thematisiert werden. Zudem bietet sich der Europatag am 09.05.2024, der an die sogenannte Schuman-Erklärung und die damit verbundene Geburtsstunde der Europäischen Union erinnert, an, in Form eines Projekttages die Europawahlen zu thematisieren.

Darüber hinaus können sich die Schulen an der sogenannten Juniorwahl beteiligen. Diese ist ein handlungsorientiertes Konzept zur politischen Bildung an weiterführenden Schulen und dient dazu, eine realitätsgetreue Wahlsimulation an Schulen zu organisieren, durchzuführen und im Nachgang zu analysieren. Den teilnehmenden Schulen werden hierfür didaktische Unterrichtsmaterialien zur Vorbereitung der Wahl sowie alle Wahlunterlagen und -materialien zur Verfügung gestellt, die für die Durchführung der Juniorwahl und zu deren Einbindung in den Unterricht im Fach Politik und Wirtschaft nötig sind.

Auch sind die hessischen Europaschulen in diesem Kontext aufzuführen, die zusätzlich zu ihrem eigentlichen Bildungsauftrag modellhafte Projekte im Sinne einer demokratischen Mitbestimmung innerhalb und außerhalb der eigenen Institutionen durchführen. Dazu gehören u.a. Projekte zur Stärkung der partizipativen Strukturen in den Europaschulen selbst, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Schülervertretungen, regelmäßige Klassenratsstunden, Fahrten in die politischen Zentren der Europäischen Union nach Brüssel und Straßburg, Begegnungen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Union, des Bundestages sowie der kommunalen und regionalen Ebenen.

Frage 3. Sind die dort ausgewiesenen Stundenkontingente ausreichend?

Die Stundenkontingente im Fach Politik und Wirtschaft werden als ausreichend erachtet. Gleichwohl wurde die Studentafel erweitert und integrierten Gesamtschulen bereits ab dem Schuljahr 2022/2023 eine zusätzliche Stunde für das Fach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 5 und 6 zugewiesen, um das Fach weiter zu stärken und einen durchgängigen Unterricht in der Sekundarstufe I sicherzustellen. Zum Schuljahr 2023/2024 erfolgt die Zuweisung einer weiteren Stunde für das Fach Politik und Wirtschaft an Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule, Schulen mit Förderstufe und an die Mittelstufenschulen sowie einer weiteren Stunde für den Jahrgang 10 an integrierten Gesamtschulen.

Frage 4. Wird es bestimmtes Material oder Handreichungen für die Lehrkräfte geben?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

Zur Europawahl 2024 wird es zudem eine Kampagne der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) geben, bei der Plakate und Infomaterialien sowohl in Printform als auch auf digitalen Kanälen rund um die Europawahl zur Verfügung gestellt werden. Begleitend dazu werden aktuelle Publikationen zu Europa im Publikationsverzeichnis der HLZ angeboten. Veranstaltungen und Audiobeiträge zum Thema sind in der Planung. Um die Zielgruppe der Jugendlichen ab 16 Jahren zu erreichen und zu aktivieren, sollen hier vor allem die Social-Media-Kanäle genutzt werden.

Frage 5. Welche Maßnahmen sind spezifisch für die beruflichen Schulen geplant?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

Die Europäische Union und ihre Institutionen werden an beruflichen Schulen auf der Grundlage der Einbettung in die curricularen Vorgaben und die Europawahl 2024 vor dem Hintergrund des didaktischen Prinzips der Aktualität thematisiert. Auch an beruflichen Schulen ist die Teilnahme an der sogenannten Juniorwahl möglich.

Über die curriculare Verankerung hinaus werden an den beruflichen Schulen in Hessen vielfältige Aktivitäten zum Thema Europa angeboten. Dazu gehören bspw. Planspiele, Diskussionsveranstaltungen, Jugendbegegnungen und Schüleraustausche im europäischen Kontext.

Frage 6. Erfordern die Lehrpläne oder Kerncurricula Anpassungen, um die Kompetenzen zum Umgang mit institutionellen Fragen der Europäischen Union sowie der Europäischen Integration zu stärken?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Anpassungen der Kerncurricula zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit institutionellen Fragen der Europäischen Union sowie der Europäischen Integration sind nicht erforderlich.

Frage 7. Bedarf es einer Ausweitung des Europäischen Curriculums für Schulen in Hessen?

Frage 8. Welche Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung dafür ergreifen?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 7 und 8 gemeinsam beantwortet.

Inhalte des Europäischen Curriculums der Hessischen Europaschulen sind bereits in die Kerncurricula des Landes Hessen eingeflossen. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 sowie 5 verwiesen.

Wiesbaden, 31. August 2023

Prof. Dr. R. Alexander Lorz